

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands.

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung weiterer Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg - St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage ober deren Raum 80 A.
Belegungs-Preisliste Nr. 3124.

An die Verbandsmitglieder!

Kollegen, zahlt die Verbandsbeiträge, bevor es Winter wird. Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Ende November alle Mitglieder ihren Beitrag für dieses Jahr voll bezahlt haben.
Der Verbandsvorstand. J. A.: Th. Bömelburg.

Inhalt: Konkurrenz der Staats- und Stadtbau-Regiebetriebe. — Der Reichstag. — Bauerebewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen. — Beschlüsse und sonstige Bewegung. — Aus Österreich. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterlohn, Submissionswesen. — Unternehmer-Kundgebungen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streikabrechnungen. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Frankenkasse. — Anzeigen.

„Konkurrenz der Staats- und Stadtbau-Regiebetriebe.“

Auf dem Delegiertentage des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister in München erstattete, wie wir mitgeteilt haben, Herr Architekt Krefst-München einen Vortrag über die Konkurrenz der Staats- und Stadtbau-Regiebetriebe“ und zwar zur Begründung folgender Resolution:

Der geschäftsführende Ausschuss soll bei allen Behörden, welche Bauten in Regie ausführen, dahin vorstellig werden, daß sie diese Betriebe, soweit als möglich, nach und nach aufgeben und die Ausführung ihrer Arbeiten dem anässigen Baugewerksmeister übertragen.

Die „Baugewerks-Zeitung“ (Nr. 83) veröffentlicht nunmehr das Krefst'sche Referat, welchem wir eine kritische Betrachtung zu widmen haben. Der Referent ging von der Erwägung aus, daß so ziemlich alle Zweige des Handwerks unter der Konkurrenz der staatlichen und städtischen Betriebe, schwer zu leiden haben und mit vollem Rechte anfangen, dagegen zu protestieren. Dann fügte er folgende allgemeine Bemerkungen hinzu:

„Wohin soll es auch wohl führen, wenn für so riesige Massen, wie z. B. das Militär, die zum Unterhalt, Bekleidung etc. nötigen Gegenstände durch eigene Arbeiter selber hergestellt werden, dafür fernerlich Steuern und Abgaben gesahlt und der Handwerker, der ohnehin durch die soziale Gesetzgebung schwer belastet ist, müßig aufhauen muß?
Nunmehr mehr ist zu beobachten, daß durch die Arbeiten in den Gefangenenanstalten, den Militär- und Bahnerkstätten etc. der eigentliche Handwerker immer entbehrlicher gemacht wird, so, daß sogar für sehr viele Arbeiten nicht einmal gelehrte Leute des betreffenden Berufes gewählt werden.“

Hier ist zunächst einzuwenden, daß die gewerbliche Strafanstaltsarbeit, sowohl ihrem Wesen und ihrer Tendenz, als auch ihren Wirkungen nach, durchaus nicht unter denselben Gesichtspunkten beurteilt werden kann, die für alle anderen öffentlichen Betriebe in Betracht kommen. Die Strafanstaltsarbeit, der auf Gefangene ausgeübte Zwang, gegen eine höchst geringfügige Vergütung, die den üblichen Lohn freier Arbeiter nicht entfernt erreicht, ihre Arbeitskraft ausbeuten zu lassen, ist in der That eine unlautere Konkurrenz, welche die freie Arbeitskraft entwerthet und die Preise des Produktes brüdt. Anders die regelrechten Staats- und Gemeindebetriebe. Diese machen allerdings private Unternehmer entbehrlich, sind aber trotzdem nicht als an und für sich schädliche Konkurrenz aufzufassen. Soweit es sich um die Arbeit, um die handwerkliche Leistung handelt, bedeuten sie überhaupt keine Konkurrenz. Die Arbeit wechselt mit ihrem „Herrn“; an die Stelle des privaten Arbeitsherrn tritt der Staat, die Gemeinde

resp. die Leitung der betreffenden Betriebe. Die Vollbringer der handwerklichen Leistung, die Arbeiter, haben weber nach grundsätzlichen, noch nach praktischen Erwägungen Ursache, diesem Wechsel zu widerstreben. Sie verneinen die von den sogenannten „Mittelstandspolitikern“ behauptete Nothwendigkeit des privaten Unternehmertums, besonders soweit es auf die Ausführung öffentlicher Arbeiten ankommt. Der Wechsel bringt erfahrungsgemäß auch keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, keine unglücklicheren Arbeitsbedingungen, niedrigeren Löhne etc. mit sich. Allerdings ist mit dem öffentlichen Betrieb gegenwärtig leider noch vielfach, resp. der Regel nach, ein schwerer Mißstand für die Arbeiter verbunden, nämlich der: daß die Leitungen solcher Betriebe ihren Arbeitern die freie Ausübung des Koalitionsrechts verweigern, sie geradezu zwingen, auf dieses Recht Verzicht zu leisten. Das könnte unter tatsächlichen und praktischen Gesichtspunkten für die Arbeiter ein Grund sein, unter der Herrschaft des Systems einer reaktionären Politik die Beibehaltung des privaten Unternehmertums zu wünschen, wenn dasselbe gegen sie nicht ebenso ungerecht verfahren würde. Wie die Organisation der großen Unternehmer, so sind auch die der kleinen, der Handwerksmeister, insbesondere die der Baugewerkszünfter, hauptsächlich mit darauf berechnet, die Arbeiterorganisation rückwärts zu bekämpfen. Ueber die bekannnten Mittel, die dabei in Anwendung gebracht werden, Berufsverklärung, Ausperrung und Ausgliederung organisierter Arbeiter, brauchen wir hier kein Wort zu verlieren.

Läge dieser Umstand nicht vor, hätten die baugewerblichen Unternehmer, die Innungsverbandsmeister etc., statt in blinder Gehässigkeit gegen die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation vorzugehen, es verstanden, mit dieser Organisation in gleicher Weise die Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, und zwar in erster Linie rückwärts der öffentlichen Bauten, so würde die baugewerbliche Arbeiterschaft ohne Zweifel weit weniger sachliche Gründe haben, das Regiebauwesen anzustreben. Mit demselben verbinden sich nach Lage der Dinge höchst wichtige Interessen der Arbeiter. Die Konkurrenz des privaten Unternehmertums hat im öffentlichen Bauwesen schlimme Zustände geschaffen, unter denen die Arbeiter sehr zu leiden haben. Die Submissionen sind zu einem Unfug ausgeartet; die unerhörtesten Unterbietungen sind an der Tagesordnung; bei Ueberwachung und Ausführung öffentlicher Arbeiten ist die Tendenz, zum Nachtheil der Arbeiter sich schädlos zu halten und Profit zu sichern, mehr und mehr zur Regel geworden. Die Unterbietung soll möglichst ausgeglichen werden durch stärkere Ausbeutung der Arbeitskraft, wobei es nicht fehlen kann, daß auch im Punkte der Unfallverhütung arg gesündigt wird. Und da unterscheidet sich die Masse der Innungsverbandsmeister durchaus nicht von den sogenannten wilden Unternehmern. Allerdings jammern die Herren beständig über die geltenden Submissionsvorschriften; sie verlangen „gründliche Reformen“, und zwar die Innungsverbandsmeister mit der Maßgabe, daß nur ihnen, die für sich das Zeugniß der Solbität

in Anspruch nehmen, die Ausführung öffentlicher Arbeiten gegen gute Bezahlung übertragen wird. Mit dem Gedanken aber haben sie niemals sich vertraut gemacht, bei der Reform des Submissionswesens auch die berechtigten Interessen der Arbeiter zu berücksichtigen. Im Gegentheil, sie haben sich immer nur leiten lassen von ihrem Profitinteresse. Wer weiß wie oft ist die organisierte baugewerbliche Arbeiterschaft bei Staats- und Gemeindebehörden darüber vortellig geworden, bei Vergabe öffentlicher Arbeiten die Unternehmer vertraglich zur Innehaltung bestimmter Arbeitsbedingungen, zur Zahlung von Löhnen in bestimmter Höhe etc., zu verpflichten und bei Berechnung der Preise event. auf diese Verpflichtung Rücksicht zu nehmen, wie es in anderen Ländern, England, Holland, Belgien, Australien, längst der Fall ist. Stets hat das Unternehmertum auf Staats- und Gemeindebehörden dahin eingewirkt, diesem durchaus berechtigten Verlangen nicht zu entsprechen. Viele Behörden haben, dieser Einwirkung Folge gebend, ihre ablehnende Haltung mit dem echt menschlichen Bemerken motivirt: Daß sie nicht befugt seien, in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter irgendwie regelnd und bestimmend einzugreifen. Und doch ist keine Befugniß selbstverständlicher, als diese. Sie deckt sich durchaus mit der dem Staat und der Gemeinde zustehende Befugniß, ihre Arbeiten durch eigene Arbeiter ausführen zu lassen, sowie den Privatunternehmern, denen sie Arbeiter überträgt, Vorschriften über Dauer und Art der Ausführung zu machen. Daß diese Befugniß gerade da aufhören sollte, wo es sich um die berechtigten Interessen der an öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter handelt, ist eine absolut unlogische Annahme.

Der Submissionsunfug konnte nur entstehen und kann sich nur erhalten durch die Spekulation der Unternehmer auf möglichst hoch gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter. Die Möglichkeit, eine unlautere Konkurrenz auf Kosten der Arbeiter zu betreiben, ist die Wurzel der schlimmen Art, die das Submissionswesen angenommen hat. Auch in maßgebenden Kreisen hat man endlich angefangen, das einzusehen. Der sogenannte Submissionsausschuss der bayerischen Kammer hat von den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion, welche ihm zur Berathung überwiesen waren, denjenigen auf möglichst allgemeine Durchführung von Regiearbeiten allerdings abgelehnt, dagegen den, daß die Arbeitszeit bei Staatsarbeiten in der Regel zehn Stunden nicht übersteigen soll, angenommen. Die Regierung sicherte entgegen die Prüfung und Wahrung dieses Beschlusses zu.

Der Reichstag.

Wiederbeginn der Verhandlungen. — Die Seemannsordnung.
Am Dienstag, den 26. November, wird der Reichstag seine Sitzungen wieder aufnehmen. Und zwar handelt es sich nicht um die Eröffnung einer neuen Session, sondern um die Fortsetzung der am 15. Mai d. J. durch Vertagung unterbrochenen. Solch lange Vertagungen haben schon öfter stattgefunden und zwar immer dann, wenn wichtige Gesetzentwürfe, auf die, besonders in den vorbereitenden Kommissionen, schon viel Arbeit verwendet worden, vor dem regelrechten Schluß der Session nicht mehr zu erledigen waren.

1900 M. 1250. Der Lohn der Bauhandarbeiter ist von M. 780 auf M. 960 gestiegen.

Nach einer vor einiger Zeit durch die Innung der Baumeister erfolgten Aufnahme wurde festgestellt:

Table with 4 columns: Art des speziellen Gewerks, Bei den Annahmearbeiten, Davon haben in Dresden Familienwohnung, Davon haben in Dresden Schlafstelle, Davon wohnen in der Umgebung. Rows include Maurer, Zimmerer, Bauhandarbeiter and a total sum.

Hierzu bemerkt der Vorstand des Arbeitgeberverbandes: Die in Dresden eigene Familienwohnung im Jahre 1897... Die in Dresden eigene Familienwohnung im Jahre 1897...

Wir wollen zu dieser Rundgebung kurz bemerken, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes in seiner Schlußfolgerung nicht ganz richtig ist... Wir wollen zu dieser Rundgebung kurz bemerken...

Unser Dresdener Korrespondent theilt uns übrigens mit, daß die Lohnabelle des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes... Unser Dresdener Korrespondent theilt uns übrigens mit...

In der Sozialen Praxis hat der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Ernst Noack, gleichfalls die vorstehende Angelegenheit behandelt... In der Sozialen Praxis hat der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes...

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat die vorstehende Angelegenheit behandelt... Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat die vorstehende Angelegenheit behandelt...

mehr gebaut. Noack sagt: Nach Ermittlungen, die ich gemacht habe, betragen die für Maurer, Zimmerer und Bauhandarbeiter... mehr gebaut. Noack sagt: Nach Ermittlungen, die ich gemacht habe...

Schließlich wendet Noack sich gegen Vorwürfe über Faulheit, Unbarmherzigkeit und andere Antugenden... Schließlich wendet Noack sich gegen Vorwürfe über Faulheit, Unbarmherzigkeit...

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag), 7. Heft des 20. Jahrganges... „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag), 7. Heft des 20. Jahrganges...

Das Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch von Max Schippel... Das Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch von Max Schippel...

„In freien Stunden“... „In freien Stunden“... „In freien Stunden“...

Der „Wahre Jacob“, die 24. Nummer seines 18. Jahrganges... Der „Wahre Jacob“, die 24. Nummer seines 18. Jahrganges...

Briefkasten.

Breslau, B. Senden Sie uns das Urtheil ein, dann werden wir über die Angelegenheit berichten... Breslau, B. Senden Sie uns das Urtheil ein, dann werden wir über die Angelegenheit berichten...

Streikabrechnungen.

Bausperre in Buch (Zweigverein Bernau i. d. Mark). Einna hme... Bausperre in Buch (Zweigverein Bernau i. d. Mark). Einna hme...

Hamburg, den 15. November 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: J. Efftinge... Hamburg, den 15. November 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: J. Efftinge...

Bausperre (Mheer) Zweigverein Rostock. Einna hme... Bausperre (Mheer) Zweigverein Rostock. Einna hme...

Rostock, den 18. Oktober 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: Carl Düne... Rostock, den 18. Oktober 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: Carl Düne...

Maurerstreik in Brunsbüttelkoog. Einna hme... Maurerstreik in Brunsbüttelkoog. Einna hme...

Für Streikunterstützung an: Verheirathete... Für Streikunterstützung an: Verheirathete...

Brunsbüttelkoog, den 19. September 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: Nicolaus Neumann... Brunsbüttelkoog, den 19. September 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: Nicolaus Neumann...

Maurerstreik in Bissa i. P. Einna hme... Maurerstreik in Bissa i. P. Einna hme...

Bissa, den 28. August 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Die Revisoren: Arthur Seuch, Otto Euler, August Jacob... Bissa, den 28. August 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Die Revisoren: Arthur Seuch, Otto Euler, August Jacob...

Maurerstreik in Apenrade. Einna hme... Maurerstreik in Apenrade. Einna hme...

Apenrade, den 15. August 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: O. Christensen, Chr. Bornhardt, J. F. Petersen... Apenrade, den 15. August 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: O. Christensen, Chr. Bornhardt, J. F. Petersen...

Maurerstreik in Gramzow. Einna hme... Maurerstreik in Gramzow. Einna hme...

Gramzow, den 18. Oktober 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: Julius Lampe, Wilhelm Meves... Gramzow, den 18. Oktober 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: Julius Lampe, Wilhelm Meves...

Maurerstreik in Güstebiese. Einna hme... Maurerstreik in Güstebiese. Einna hme...

Güstebiese, den 21. Oktober 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: Wilhelm Matthes, Otto Gohde... Güstebiese, den 21. Oktober 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: Wilhelm Matthes, Otto Gohde...

